



KAPER BRIEF

IHR KÖNNT DIE
POLITIK AUF DEN
KOPF STELLEN...

... DANN SÄHE MANCHES ANDERS AUS, ZUM BEISPIEL:

Die Netzpolitik	Seiten 2 + 3
Der Bundestag	Seite 4
Die Regierungen	Seiten 4 + 5
Die Sozialpolitik	Seiten 6 + 7
Das Urheberrecht	Seiten 8 + 9
Die Überwachung	Seite 10

KAPERBRIEF PIRATENPOLITIK

Kaperbrief - Piratenzeitung Deutschland
ISSN 2191-3056 | www.kaperbrief.org

WHAT THE F*** IST NETZNEUTRALITÄT?

UND WARUM IST MEIN STREAM SO LAHM? Von kattascha

Stell dir vor, wir schreiben das Jahr 2020 und du willst dir ein Video im Netz anschauen. Pech nur, dass es Ende des Monats ist. Das Datenvolumen ist aufgebraucht. Das Schreckgespenst Datenvolumen-Ende soll nun auch für dein Festnetz verfügbar sein. Wenn das Datenvolumen ausgeschöpft ist, will die Deutsche Telekom schon bald nur noch 2 Megabit pro Sekunde durch die Leitungen lassen. Aber das ist nicht das einzige „Feature“ der neuen Tarife.

INTERNET SATT NUR FÜR LEUTE MIT GELD

Internet satt nur für Leute mit Geld, das gab's schon einmal. Im Jahr 2000 haben wir mal eine Telefonrechnung zugestellt bekommen, die weit über 1000 DM lag. Damals wurde Internet noch wie Telefon abgerechnet und war extrem teuer. Flatrates gab es nicht. Und wer viel im Netz unterwegs war, musste dementsprechend blechen. Mit den Flatrates wurde das anders!

Die Deutsche Telekom und andere Anbieter haben sich jetzt überlegt, dass das mit dem gleichen Preis für alle doch keine gute Geschäftsidee für sie ist. Sie wollen jetzt lieber unterschiedliche Tarife mit Datenvolumen statt echten Flatrates anbieten. Der Geldbeutel entscheidet also, ob wir uns ein Internet S, M, L, XL oder XXL leisten können. Momentan haben wir übrigens fast alle XXL des Möglichen. Wie früher müssen wir dann in Zukunft genau darauf achten, wie viel wir in den letzten Tagen bereits heruntergeladen haben. Sonst heißt es am Monatsende bei der letzten Folge der Lieblingsserie nachher: Pech gehabt, Datenvolumen ist schon

alle. Aber das ist noch nicht alles, schließlich gibt es ja noch die Zusatzfeatures, die nach und nach eingeführt werden. Und die sind der eigentliche Knackpunkt bei der Netzneutralität.

Um zu verstehen, worum es bei den Features geht, muss man sich für einen Moment einmal das Netz als ein riesiges Netz aus Wegen vorstellen. Die Daten, die wir austauschen, werden auch Pakete genannt. Um ein Paket von A nach B zu bringen, braucht es einen Post- oder Paketboten. Das sind im Netz unsere Internetanbieter: Telekom, O₂, Vodafone, Telefonica und wie sie alle heißen. Bei der Post gibt es ja zum Glück das Briefgeheimnis. Das bedeutet: Der Postbote darf nicht einfach unseren Brief aufmachen und lesen. Er darf auch nicht einfach selbst darüber entscheiden, welcher Brief oder welches Paket wie schnell transportiert wird. Ohne Netzneutralität passiert aber im Netz genau das: Der digitale Postbote macht unser Paket auf und schaut erst mal was drin ist und macht davon abhängig, ob und wenn ja, wie schnell er das mit dem Liefern macht.

Viele Internetanbieter haben in ihren Verträgen tolle neue Zusatzfeatures. Bestimmte Dienste sollen nicht vom Datenvolumen betroffen sein – dort kann man störungsfrei weitersurfen. Die Telekom bietet ein spezielles Angebot zusammen mit dem Musikdienst Spotify an. Hört sich ja erst einmal total nett an, ist es aber nicht. Denn viele Internetanbieter wie die Telekom bieten neben Internetverträgen selbst Dienste im Netz an. Bei der Telekom kann

„Datenpakete sind wie eine Zwiebel mit vielen Schichten eingepackt.“

man mit „Entertain“ ein Abo für Digitalfernsehen kaufen. Viele schließen Verträge mit großen anderen Internet-

Diensteanbietern. Und die sollen natürlich bevorzugt behandelt werden. Die Telekom will ihre Flatrates – so wie wir sie kennen – abschaffen. Zeitgleich baut sie ihre Sonderkonditionen mit großen Partnern und eigenen Diens-

KATHARINA NOCUN
Foto: CC-BY-SA Miriam Juschkat



Katharina Nocun (kattascha) hat Politik- und Wirtschaftswissenschaft studiert, ist Politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland und kandidiert auf der Landesliste Niedersachsen (Platz 2) für den Bundestag.

ten aus. Ein Telekom-Sprecher forderte erst kürzlich, Anbieter wie Google sollten doch bitte Geld an die Telekom für die Durchleitung ihres Datenverkehrs an die Telekom zahlen. Da weiß man, wohin die Reise geht.

Man muss sich ja auch fragen, wie der Anbieter zwischen Paketen an den einen Dienst und den anderen Dienst unterscheiden will. Datenpakete sind wie eine Zwiebel mit vielen Schichten eingepackt. Ganz im Paket-Inneren ist bei

einer E-Mail beispielsweise der Text. Außen sind die Paketschichten die beispielsweise sagen „Hallo Rechner, um mich lesen zu können, musst du folgendes Programm benutzen“ oder „Moin, ich bin ein Paket von Katta an Pia“.

Was macht der Anbieter also? Er macht das Päckchen auf und schaut bis zu der Paket-Schicht, die sagt: „Ich bin von deinem Tochterunternehmen, wir gehören doch zur Familie“, oder: „Ich habe dir diesen Monat Geld dafür gezahlt, dass du mich hier durchlässt“. Dein Anbieter kontrolliert also, von wem du Pakete bekommst und an wen du welche schickst, bevor er sich entscheidet, sich auf den Weg damit zu machen. Und er führt eine Art Wegzoll oder Maut ein. Ohne eine gesetzliche Netzneutralität ist das total legal. Es ist auch legal, sich von einzelnen Diensten Geld dafür zahlen zu lassen, dass man die Inhalte an die Kunden bevorzugt weiter-

FREIES NETZ

leitet. Erst recht legal ist es, die eigenen Dienste von Tochterunternehmen bevorzugt durchzustellen. Das verschafft ihnen einen unfairen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz. Und wenn ein Anbieter damit anfängt, werden andere nachziehen, da bin ich mir sehr sicher. Ergebnis: Wer Kohle hat, hat Reichweite im Netz und alle anderen haben dann Pech gehabt.

In anderen Ländern ist diese Entwicklung bereits weiter fortgeschritten. Schließlich gibt es so viele Dienste, die schlecht fürs Geschäft sind. Es gibt aber auch hier bereits Telefonanbieter, die gezielt Skype oder andere Dienste blocken oder verlangsamen, damit ihre Kunden wieder mehr telefonieren. Es gibt Telefonverträge mit Aufpreis für die Nutzung von WhatsApp, damit die Leute noch SMS schreiben. Und es gibt bereits Internetanbieter, die bei Peer-to-Peer Verbindungen – also Filesharing – gezielt die Verbindung verlangsamen. Und es gibt Dienste, bei denen man selbst ohne Guthaben noch auf einen bestimmten Anbieter zugreifen kann – der dafür auch ordentlich an den Netzanbieter gezahlt hat. Das ist momentan alles legal, so lange irgendwo im Kleingedruckten eine entsprechende Klausel versteckt ist. Aber wer liest das schon?

Warum ist Netzneutralität also wichtig? Ganz einfach: Ich habe das Netz als eine gigantische Masse der absurdesten und komischsten und interessantesten und

liebenswertesten Seiten kennen gelernt. Es gibt nichts, was es nicht gibt. Abseits der großen Dienste gibt es ein echtes Biotope von kleinen Bands auf dem Sprung nach oben, selbstgemachten Comedy-Sendungen und liebenswerten Blogs. All den geilen Nischen-Angeboten wird aber der Saft abgedreht, wenn die meisten Leute am Monatsende nur noch bei den Partnerseiten von Telekom oder Vodafone oder wie sie alle heißen vernünftige Bandbreite haben.

Und warum ist das schlimm? Ich will nicht, dass das Netz immer mehr von wenigen großen Unternehmen bestimmt wird. Das Netz ist mehr als Facebook und mehr als Spotify oder mehr als Skype. Das Netz ist auch für Blogs, die Seite eines kleinen Bielefelder Datenschutzvereins, Piratbay und movie2k.to.

Das Netz ist auch die Seite meiner Lieblingsband, die wahrscheinlich nie groß rauskommen wird, der ich aber die Chance gönne, ihre Lieder übers Netz zu verbreiten. Das Netz ist für mich eben nicht nur Kommerz und Online-Shopping – sondern mehr. Denn das Netz sind wir und die Chance, selbst mit wenigen Klicks etwas auf die Beine zu stellen. Und ich finde, jeder sollte unabhängig vom Geldbeutel daran teilhaben können. Sowohl als Nutzer aber auch als

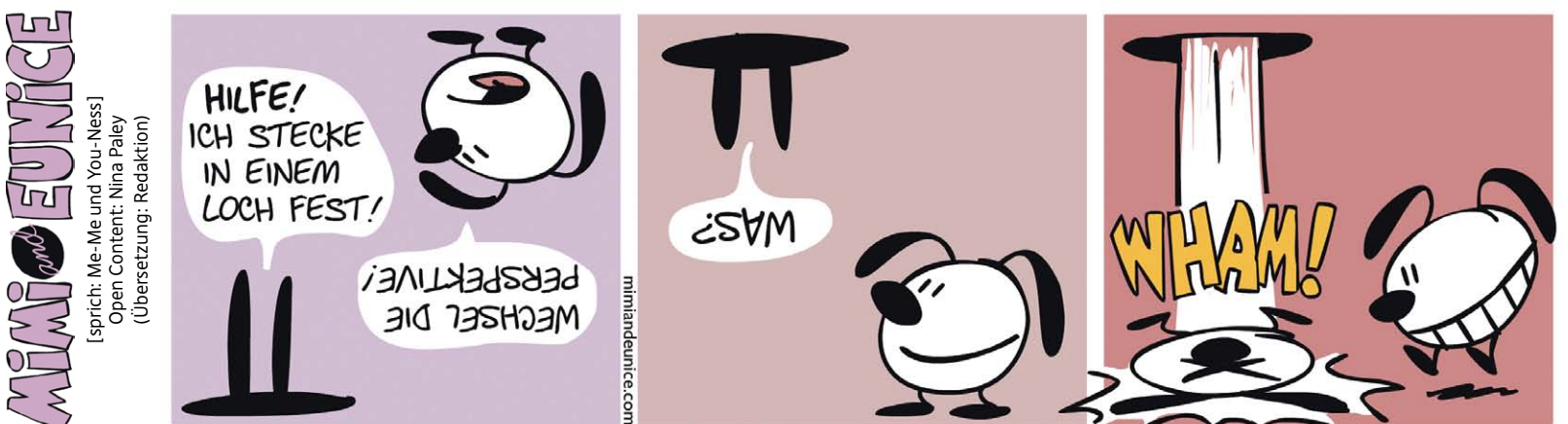
Macher von Inhalten. Und zwar auch anonym, wenn er oder sie es möchte. Ohne Netzneutralität können wir das aber knicken.

Ich mag ich es nicht, wenn mein Postbote in meinen Paketen rumschnüffelt. Der soll einfach nur seinen Job machen: Pakete liefern und abholen. Und welche Inhalte mir wichtig sind und welche nicht, welche ich per Express zugestellt haben möchte und welche nicht – das alles will ich immer noch selbst entscheiden. Chile, Slowenien und die Niederlande haben bereits ein Gesetz zur Netzneutralität.

Worauf warten wir also noch?

„Chile, Slowenien und die Niederlande haben bereits ein Gesetz zur Netzneutralität.“

FÜR FREIE BÜRGER



PERSPEKTIVE BUNDESTAG 2013

GESPRÄCH MIT BERND SCHLÖMER

BERND SCHLÖMER

Foto: CC-BY Tobias M. Eckrich

Kaperbrief (KB): Die Wahl zum nächsten Bundestag steht bevor und vieles deutet auf einen Gleichstand der beiden Lager hin. Warum sollen die Wählerinnen und Wähler eigentlich Piraten wählen?

Bernd Schlömer (BS): Unsere parlamentarische Demokratie braucht neue und frische politische Impulse. Das ist vielleicht einer der wichtigsten Gründe, warum die Menschen in diesem Jahr die Piraten wählen sollten. Die seit Jahren etablierten Parteien haben es sich zurechtgemacht, die Debatten sind ritualisiert. In vielen Punkten nimmt man keine Kontroversen wahr. Neue Parteien, wie die Piratenpartei, sind notwendig, um Verfahren und Debatten infrage zu stellen. Nur so kann sich die Demokratie weiterentwickeln.

KB: Welchen Einfluss könnte eine Piratenfraktion im Bundestag ausüben?

BS: Es ist schon viel gewonnen, wenn eine neue Piratenfraktion den Mut zeigt, die wichtigen kritischen Fragen zu stellen. Zugleich wird sie neue politische Impulse setzen können: das Vorantreiben digitaler Demokratie oder der freie Zugang zu Kultur, Wissen und Bildung sind nur beispielhafte Punkte, in denen die anderen Parteien keinen Innovationsgeist zeigen.

KB: Welche Gesetze oder Regelungen sollten aus Deiner Sicht besonders dringlich vom neuen Bundestag bearbeitet werden?

BS: Es gibt viele wichtige Punkte: die Neuordnung der Nachrichtendienste und ihre parlamentarische Kontrolle muss mit hoher Priorität verfolgt werden. Das sind wir den Opfern der NSU-Geschehnisse schuldig. Daneben ist die Befassung des Bundestags mit der Idee des Grundeinkommens anzuschließen und gleichzeitig die Sozial- und Arbeitspolitik gänzlich neu auszurichten: Gemeinwohlorientierung und soziale Unterstützung sollten das bisherige repressive Handeln ablösen.

KB: Siehst Du Chancen für einen Impuls in Richtung Transparenz und Open Government, den wir unterstützen könnten?

BS: Auf jeden Fall. Staat und Verwaltung müssen viel aktiver als bislang Daten und Informationen bereitstellen. Die bisherige Open-Government-Strategie ist insofern zu beschleunigen: Proaktives und transparentes Handeln des Staates ist gefordert und nicht eine Informationsfreiheit, die nur auf Zuruf erfolgt.



Bernd Schlömer ist von Beruf Kriminologe, wohnt in Hamburg und ist seit April 2012 Bundesvorsitzender der Piratenpartei Deutschland.

KB: Welche weiteren Schwerpunkte sollen im Wahlkampf der Piraten herausgestellt werden?

BS: Ich beschreibe immer vier Säulen, die im Schwerpunkt die Politik der Piraten ausmachen. Erstens: die Bürger- und Grundrechte der Menschen in diesem Land besser schützen. Zweitens: Teilhabe fördern, das heißt: den Menschen ermöglichen, einen leichten Zugang zu Bildung und Qualifizierung zu finden, sie materiell so auszustatten, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Drittens: Bürgerbeteiligung stärken. Und schließlich viertens: für Integrität, Offenheit und Transparenz in Politik und Verwaltung einstehen. Das sind alles Kernmarken der Piraten!

TRANSPARENTE PARLAMENTE

GLÄSERNER STAAT

OPEN GOVERNMENT

Von Anke Domscheit-Berg

Piraten stehen für eine repräsentative Demokratie, die auf den Prinzipien des Open Government, des Offenen Regierens, basiert. Offen bezieht sich nicht nur auf Transparenz, sondern auch auf mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Aber was wäre dann anders als heute und wie müsste so ein neues Verhältnis zwischen Bürgern und Staat in der Realität aussehen?

Transparenz, das ist der „Gläserne Staat“, nicht zu verwechseln mit dem „Gläsernen Bürger“. Der Unterschied ist ganz einfach – das erste wollen wir, aber der Staat nicht, beim zweiten ist es umgekehrt.

NICHT MEHR ZEITGEMÄSS: INTRANSPARENTE PARLAMENTE

Ein Beispiel für Intransparenz ist die Entstehung von Gesetzen im Parlament. Dort arbeiten Volksvertreter für uns, wir sind quasi ihre Arbeitgeber und bezahlen mit unseren Steuern ihr Gehalt. Wie alle anderen Arbeitgeber wollen wir wissen, ob sie ihren Job gut machen. Gut heißt dabei, dass sie als Legislative Gesetze zum Wohle der Allgemeinheit auf den Weg bringen und – das ist der Sinn der Gewaltenteilung – dass sie die Exekutive, also die Regierung kontrollieren. In der Realität

können wir das entweder nicht beurteilen, weil uns die Fakten fehlen, oder aber ist selbst bei oberflächlicher Betrachtung etwas faul im System.

Entscheiden unsere Abgeordneten nach Wissen und Gewissen oder nach dem Einfluss der mächtigsten Lobby? Das wüssten wir zwar gern, aber da Nebeneinkünfte von Abgeordneten und ihre Lobbykontakte nicht hinreichend offen liegen, werden wir es nie erfahren. Uns reichen aber weiße Westen nicht, die nur behauptet werden. Wir wollen das Weiß der Westen selbst beurteilen können. Auch wie ein Gesetz entsteht, wollen wir

nachvollziehen können. Viele Gesetze werden ja nicht einmal im Parlament entworfen, sondern irgendwo in der noch undurchsichtigeren Ministerialbürokratie, da wo auch Unternehmensvertreter an den Entwürfen schreiben.

Die Exekutive macht also den Job der Legislative, das Parlament wird zum Abnicker degradiert. Das erschwert die Kontrollfunktion des Parlaments. Aber da von 16 Kabinettsmitgliedern die meisten (14) nebenbei auch Bundestagsabgeordnete sind, die Kanzlerin eingeschlossen, ist es mit der Kontrolle ohnehin etwas kompliziert. Niemand kennt heute den Einfluss von Lobbyismus auf unsere Bundesregierung. Wir können uns nur fragen, ob es Zufall ist, dass ein Kanzler Schröder Gaspipelineverträge protegiert und nach seiner Amtszeit Aufsichtsrat im Gazprom-Konzern wird.

Aber nehmen wir mal an, ein Gesetz wird im Bundestag verfasst. Damit Bürgerinnen und Bürger sich mit Feedback in diesen Prozess einbringen können, bräuchten sie Zugang zu relevanten Informationen und einfache Möglichkeiten, sich mit Ideen, Verbesserungsvorschlägen und Kritik an ihre Abgeordneten zu wenden – auch abends, auch in der abgelegenen Provinz. Dafür sind neben einer Offenheit des Parlaments auch neue Werkzeuge nötig, die eine Beteiligung über das Internet ermöglichen sowie der Zugang zu allen Gutachten. Die hält der Bundestag jedoch unter Verschluss – als wären es Geheimverträge über Panzerlieferungen nach Saudi Arabien. Der Bundestag vertritt nämlich die Auffassung, dass ausgerechnet für ihn und seinen Wissenschaftlichen Dienst das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) des Bundes nicht gilt.

Über alle Bundesbehörden hinweg wurde nicht einmal jede zweite Anfrage nach dem IFG mit der gewünschten Information beantwortet. Fünf Bundesländer haben noch nicht mal ein Informationsfreiheitsgesetz! Ob und was wir also erfahren dürfen über den Staat, der für uns da ist und sonst für gar nichts, hängt also davon ab, wo wir wohnen und mit welchem Bein der Bearbeiter aufgestanden ist. Dabei ist Information eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Beteiligung auf

Augenhöhe! Hier wollen wir viel stärkere Rechte.

Aber nicht nur parlamentarische Prozesse und wirtschaftliche Einflüsse auf das politische Geschehen müssen transparenter werden. Auch das Zustandekommen von Verwaltungsentscheidungen und ihre Ergebnisse müssen für Hans und Erika Mustermensch erkennbar sein. Dazu gehören etwa alle Verträge, die über Steuergeld mit Dritten abgeschlossen werden. In England ist das normal – alle Verträge der öffentlichen Hand über 10.000 Pfund kann man im Internet einsehen. In Deutschland herrscht noch das Prinzip des Amtsgeheimnisses, praktisch jeder Vertrag fällt darunter, egal ob Tollcollect oder Wasserprivatisierung. Zum Glück gibt's heute die neue Selbstverteidigungstechnik, das Leaken, so kommen wenigstens manche dieser Verträge ans Licht und offenbaren, wie man sich hat über den Tisch ziehen lassen.

TRANSPARENZ WIRKT GEGEN KORRUPTION, BETEILIGUNG FÜR BESSERE ERGEBNISSE

Piraten glauben, dass Transparenz das wirksamste Mittel gegen Korruption und Amtsmissbrauch ist, aber auch die breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Prozessen in Politik und Verwaltung dort zu besseren Entscheidungen führt. Fehler werden früher erkannt und kreativere Problemlösungen entwickelt.

Deshalb wollen wir ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild, das aus der Holschuld des Bürgers eine Bringschuld des Staates macht. Alle Informationen, die nicht personenbezogene Daten enthalten und keine besonders hohe Sicherheitsrelevanz haben, soll der Staat von sich aus öffentlich machen. Alle Daten – egal ob Umwelt-, Geo- oder Infrastrukturdaten, gehören maschinenlesbar und in offenen Formaten ins Netz – mit freien Lizenzen, die jede Nutzung kostenfrei erlauben. Das nennt man Open Data. Viele Länder haben schon nationale Open-Data-Portale, um die Entwicklung nützlicher kleiner Anwendungen auf Basis dieser Daten zu ermöglichen. Deutschland hat leider nur ein „GovData“-Portal, das auch mit einer Lizenz operiert, die die kostenfreie Nut-

ANKE DOMSCHKEIT-BERG

Foto: CC-BY-SA 3.0 Bartjez



Anke Domschkeit-Berg ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Unternehmerin, Themenbeauftragte für den Bereich Open Government. Sie kandidiert in Brandenburg als Direktkandidatin und auf der Landesliste Platz 2.

zung auf nicht-kommerzielle Zwecke beschränkt. Aber warum soll man für Daten zweimal bezahlen? Sie wurden mit Steuergeld finanziert und gehören uns schon.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Bürgerbeteiligung bei größeren Vorhaben und mehr Möglichkeiten direkter Demokratie auch auf Bundesebene. Aber Feigenblattpartizipation meinen wir nicht, sondern Beteiligung auf Augenhöhe, wo Bürgerinnen und Bürger nicht nur die äußere Form von irgendetwas entscheiden oder nur Ja bzw. Nein sagen dürfen, sondern wo es auch um das „Ob überhaupt“ geht, wo Bürger selbst Initiativen oder Alternativen zur Entscheidung bringen können, und wo sie einen vergleichbaren Zugang zu Informationen haben wie Industrielobbyisten oder staatliche Stellen.

Für eine saubere Politik fordern Piraten ein Lobbyregister und einen öffentlichen Lobbykalender sowie eine Lobbyismuskarenzzeit für Spitzenpolitiker nach ihrer Amtsausübung. Parteienfinanzierungsregeln müssen neben Spenden auch das Sponsoring umfassen. Sie müssen so gefasst sein, dass sie tatsächlich Transparenz sicherstellen. Wir wollen aber nicht nur fordern, sondern auch Vorbild sein. Sämtliche Piraten-Abgeordnete in allen vier Landtagen veröffentlichen ihre Nebeneinkünfte auf Euro und Cent – so wie es für alle Parlamente Vorschrift sein sollte. Ein Pirat leitet den Berliner Untersuchungsausschuss zum BER-Flughafen und Piraten haben dazu die Plattform BERwatch entwickelt, auf der man jetzt alle Dokumente zu diesem Milliardengrab finden kann.

Wir möchten mehr von diesen Veränderungen in der Politik sehen und deshalb wollen wir, dass Open Government die strategische Richtschnur in Parlamenten, Regierung und Behörden wird.

„Der Geist der Wahrheit und der Geist der Freiheit sind die Stützen unserer Gesellschaft.“

Henrik Johan Ibsen

BEIM GRUNDEINKOMMEN AUF RICHTIGEM KURS!

Von Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Die Piraten haben auf ihrem Parteitag ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle gefordert.

Es ist kein Zufall, dass sich gerade diese Partei für das Grundeinkommen ausspricht. Die Jungen wissen haargenau, dass sie diejenigen sein werden, die in den kommenden Dekaden auslöffeln müssen, was ihnen die alte Generation (ungefragt) einbrockt. Ihnen ist klar, dass sie die Verlierer sein werden, wenn an einem Sozialstaat festgehalten wird, der nicht nachhaltig finanziert ist, weil er auf einem Weltbild basiert, das Vergangenheit ist.

Die Fundamente des Sozialstaates wurden in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts gelegt. Es war eine Zeit des Wachstums von Wirtschaft, Beschäftigung und Bevölkerung. Die Rollen zwischen Mann und Frau waren klar verteilt. Er geht als Alleinverdiener einem Beruf nach. Sie bleibt als allein Kinder erziehende Hausfrau am Herd.

Die Gegenwart ist anders und zwar fundamental und unumkehrbar. Das Wirtschaftswachstum ist schwächer geworden. Die Bevölkerung wird schrumpfen und als Folge davon altern. Vor allem aber haben sich traditionelle Verhaltensweisen völlig geändert. Wer wüsste das besser als die Piraten?

Eine an traditionellen Familienformen und an der Erwerbsbiografie der ununterbrochenen, lebenslangen Beschäftigung festgemachte Sozialpolitik hat sich weit von der heutigen Realität entfernt. Eine

trägt, darf sich nicht darauf beschränken, Menschen in Not zu helfen. Sie muss verhindern, dass Menschen in Not geraten. Also Prävention statt Reparatur. Beschäftigung ermöglichen statt Beschäftigung sichern. Ermächtigen statt Bevormunden. Kurzum: Chancen eröffnen statt Almosen verteilen.

DAS GRUNDEINKOMMEN IST AUF DIE ZUKUNFT AUSGERICHTET

Das Grundeinkommen ist auf die Zukunft ausgerichtet. Es sorgt dafür, dass alle – unabhängig, ob Säugling oder Greis – lebenslang von der Wiege bis zur Bahre eine auf der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums liegende staatliche Transferzahlung erhalten, die ohne Bedingung, ohne Gegenleistung, ohne Antrag und damit ohne bürokratischen Aufwand als sozialpolitischer Universaltransfer ausbezahlt wird.

Das Menschenbild des Grundeinkommens geht von mündigen Bürgern aus, die bereit sind, selbstverantwortet ihr Leben in die Hand zu nehmen. Die nicht Sozialschmarotzer sind, die nichts lieber wollen, als auf Kosten anderer in sozialen Hängematten zu liegen.

Das Grundeinkommen erkennt an, dass Menschen größere Risiken einzugehen bereit sind, wenn sie gegen ein Scheitern grundversichert sind. Dass der Mensch nicht ein notorischer Drückeberger ist, sondern sich immer in irgendeiner Form nützlich machen will. Dass Menschen nach Anerkennung suchen und

„Es ist kein Zufall, dass sich gerade die Piraten für das Grundeinkommen aussprechen.“

THOMAS STRAUBHAAR
Foto: HWWI



Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Direktor des HWWI (Hamburgisches Welt-Wirtschaftsinstitut) und Professor an der Universität Hamburg. Zahlreiche seiner Veröffentlichungen zum Thema findet man unter <http://www.hwwi.org/ueber-uns/team/forscher/54/publications.html>

es so gut zu den Piraten. Weil das Grundeinkommen bedingungslos gewährt wird, verzichtet es auf jeglichen Paternalismus. Niemand macht Sozialtransfers an bestimmten Verhaltensweisen, Lebens- oder Familienformen fest. Niemand überprüft, ob es gute oder schlechte Gründe für eine Unterstützung gibt. Unterstützt wird jeder Einzelne ungeachtet persönlicher Eigenschaften, unabhängig von Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Erwerb und Wohnsitz. Alle werden gleich und gleichermaßen behandelt. Das Problem der Definition von Bedarfsgemeinschaften und der gegenseitigen Anrechenbarkeit von Einkommen oder Vermögen stellt sich nicht.

FREIHEIT

andere Perspektive drängt sich auf. Wer nicht erwerbstätig ist, wer Arbeit sucht, wer in einer Patchwork-Beziehungen lebt, alleinerziehende Elternteile und Menschen, die Beruf, Wohnsitz oder ihre Lebensabschnittsbegleiter wechseln, benötigen sozialpolitischen Schutz.

Mehr noch: eine Sozialpolitik, die der neuen Lebenswirklichkeit Rechnung

soziale Wesen sind, bereit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Natürlich gibt es Ausnahmen. Sie werden jedoch in jedem gewählten Sozialstaatsmodell zu Problemfällen. Deshalb soll sich die Politik nicht auf die Ausnahmen konzentrieren, sondern auf die Regel.

Das Grundeinkommen ist ein zutiefst individualistisches Konzept. Deshalb passt

Die Höhe des Grundeinkommens festzulegen, ist eine politische Entscheidung. Dabei gilt ein äußerst einfacher ökonomischer Zusammenhang: Ein hohes Grundeinkommen bedingt hohe Steuersätze, ein niedriges Grundeinkommen ermöglicht tiefe Steuersätze. Hohes Grundeinkommen und hohe Steuersätze verringern den Anreiz zu arbeiten, tiefes Grundeinkom-

men und tiefe Steuersätze verstärken den Anreiz zu arbeiten. Je höher der Anreiz zu arbeiten, um so einfacher wird das Grundeinkommen zu finanzieren sein, je geringer die Arbeitsanreize, umso weniger wird das Grundeinkommen finanzierbar sein.

Es ist die große Illusion vieler, dass mit einem Grundeinkommensmodell die Masse der Deutschen keine Steuern mehr bezahlen, sondern nur noch von Transfers leben würde. Das Gegenteil ist der Fall: genauso wie heute bliebe der überragende Teil der deutschen Wohnbevölkerung

tung durch das auch ihnen ausbezahlte Grundeinkommen. Im Endeffekt bleiben sie aber netto immer noch Steuerzahler. Somit gilt auch beim Grundeinkommen, dass wer besser verdient, netto immer noch mehr in die Staatskassen abführen muss, als jene, die weniger verdienen.

Es mag sein, dass sich einige Parteien, um Wahlen zu gewinnen, darin überbieten, das bedingungslose Grundeinkommen zu erhöhen, so ähnlich wie jetzt vor der Bundestagswahl sich alle bei der Festlegung eines Mindestlohnes an die Spitze

Hier hilft nicht Polemik, sondern Aufklärung. Es gilt, der Bevölkerung zu offenbaren, welche ökonomischen Folgen mit welcher politischen Wahlentscheidung verbunden sind und welche Rückwirkungen sich daraus ergeben. Gerade aus direkt-demokratischen Entscheidungsprozessen, beispielsweise in der Schweiz, weiß man, dass sich Menschen von Populisten dann nicht verführen lassen, wenn ihnen klar gemacht wird, dass mit steigenden Ansprüchen an den Staat auch die Steuern und Abgaben angehoben werden

GLEICHHEIT

netto Steuerzahler. Das Grundeinkommen ist nichts anderes als ein Steuerfreibetrag in Höhe des Existenzminimums – so wie er bereits heute in Deutschland allen gewährt werden muss.

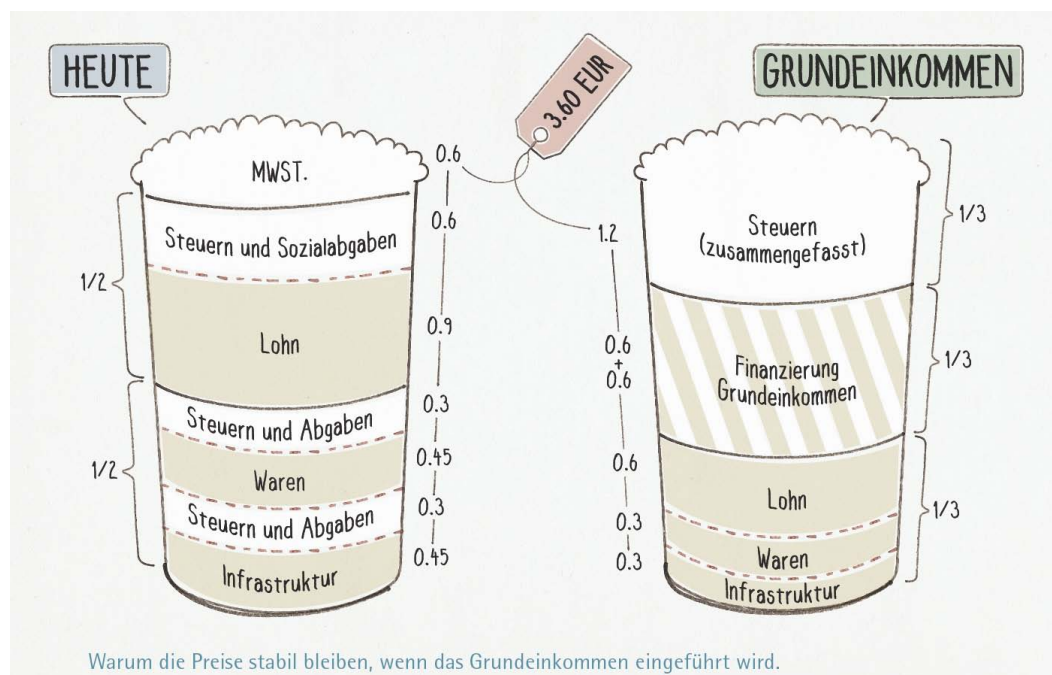
Damit ist auch ein anderer Vorwurf entkräftet, nämlich dass auch Gutverdienende das Grundeinkommen erhalten. Sie „finanzieren“ diesen Transfer schlicht durch die Bruttobesteuerung ihrer Einkommen. Im Gegenzug erhalten sie eine Entlas-

stellen wollen. Das ist auch nicht anders, wenn es beispielsweise darum geht, das Existenzminimum zu definieren oder die Höhe der Sozialleistungen und Renten festzulegen. Die Auseinandersetzung mit normativ völlig unterschiedlichen Standpunkten gehört nun einmal zu einer Demokratie:

**HIER HILFT NICHT POLEMIK,
SONDERN AUFKLÄRUNG.**

müssen und es unklug ist, den Bogen der Steuerbelastung so zu überspannen, dass er letztlich bricht. Wieso sollte es nicht auch in Deutschland möglich sein, der Bevölkerung die einfache Logik eines bedingungslosen Grundeinkommens zu vermitteln?

Dieser Beitrag erschien am 22. Mai 2013 auf www.hwwi.org. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.



Im Buch *Die Welt erklärt in drei Strichen* der beiden Autoren Mikael Krogerus und Roland Tschäppert wird das Grundeinkommen thematisiert und die Latte-Macchiato-These erklärt. Diesem Buch entnehmen wir die obige Abbildung und die Erklärung. Die beiden Autoren bezeichnen das Grundeinkommen als „streitbares wie faszinierendes Konzept, das auf dem Grundsatz beruht, dass man jene, die arbeiten wollen, nicht hindern soll, und jene, die nicht arbeiten wollen, nicht zwingen kann“.

Das Buch lässt sich bestellen bei www.keinundaber.ch

WAS WIR BEZAHLEN, WENN WIR BEZAHLEN

Die Latte-Macchiato-These der Schweizer Vorreiter des Grundeinkommens, Daniel Häni und Enno Schmidt, zeigt schematisch, wie sich der Preis eines Milchkafees in etwa zusammensetzt – heute und im Grundeinkommenssystem.

Eine Latte Macchiato kostet 3,60 Euro. Heute gehen davon 0,60 an die Mehrwertsteuer, 1,50 fließen in Löhne und Lohnnebenkosten und 1,50 in Waren und Infrastruktur (Kaffee, Milch, Einrichtung etc.). Genau betrachtet handelt es sich jedoch auch hierbei um Lohnkosten, da die Waren mit bezahlter Arbeit hergestellt werden. Die Kosten für Waren und Infrastruktur sind daher sozusagen „versteckte Lohnkosten“. Wir zahlen also rund 1,80 für Steuern und 1,80 für Löhne und „versteckte Löhne“.

Im Grundeinkommenssystem wird der Steueranteil von 1,80 Euro neu aufgegliedert: 1,20 wandern in staatliche Dienstleistungen (Krankenhäuser, Autobahnen etc.), 0,60 in die Finanzierung des Grundeinkommens, das Sozialleistungen des heutigen Systems ersetzt. Was der Kaffeeverkäufer vorher an direkten und „versteckten“ Lohnkosten bezahlte, wird verteilt: 0,60 fließen in die Finanzierung des Grundeinkommens, 0,60 sind weiterhin Personalkosten. Waren und Infrastruktur machen nur noch je 0,30 aus: Die Kosten nehmen im Vergleich zum heutigen System ab, weil die hiermit verbundenen Personalkosten sinken. Der Beitrag für das Grundeinkommen wäre also kein zusätzlicher, sondern würde sich zum einen Teil aus Steuern und Sozialabgaben und zum anderen Teil aus den heutigen Lohnkosten zusammensetzen.

TEILEN IST DAS NEUE HABEN!

URHEBERRECHTSDISKUSSION Von Bruno Kramm

Wissen und Kultur waren noch nie so umfassend verfügbar, haben noch nie so viele neue Potentiale befruchtet wie heute. Der technologische Fortschritt, die gesellschaftliche Revolution hin zu Demokratisierung in allen Teilen der Welt hat durch die universelle Teilhabe im Netz gewaltig an Fahrt aufgenommen. Menschen sind dabei kreativer geworden, da Produktionsmittel nicht zuletzt durch die Open-source- und Creative-Commons-Gemeinde, Wikipedia, Crowdsourcing, Filesharing, aber allem voran dem freien Code des Netzes, jedem offen stehen.

So kommen Studien wie „The Sky is Rising“ zum Schluss, dass die kulturellen Märkte in ihrer Gesamtheit explodieren und untermauern das mit weltweiten Zahlen. Die Märkte haben sich nur weiter in Nischen, Subkulturen, Genres und Gattungen zwischen dem althergebrachten Buch, MP3-Download und Computerspiel aufgefächert.

So verschwimmen im Netz auch die Grenzen zwischen Urheber und Nutzer, hin zu Menschen, die immer häufiger gemeinsam schöpfen. Neben der digitalen Mündigkeit tritt dazu die Lust der modernen Generation, sich selbst an Remixen und Mashups zu versuchen und dann im Netz unmittelbare Verbreitung zu erfahren. Kunst als Kommunikationsbegriff wird im 21. Jahrhundert zum ersten Mal wahrhaftig kommunikativ, denn sie hat einen Rückkanal gewonnen. Diese Kreativen sind nicht nur Nutzer, sie sind auch Urheber. Dabei ist die Abgrenzung, ob kommerziell oder nicht, kaum sinnvoll, denn häufig werden ursprünglich nicht kommerziell geplante Werke im Nachgang kommerziell.

Die technologisch bedingte Verbreitung der Urheberschaft in Deutschland und Europa trifft jedoch auf den breiten Widerstand der alten Kulturindustrien, das Urheberrecht zu reformieren. Die Schranken des Urheberrechtes sind unflexibel – eine Fair-Use-Regelung ist in weiter Ferne. Und was Mashup und Remix betrifft: Das Urheberrecht und seine kleine Schwester, das Leistungsschutzrecht, unterbinden kreative Aktivitäten in bestimmten Bereichen generell. Dabei entstehen durch den Remix nicht nur neue Werke, sondern auch ein neues Publikum.



Ohne ein allgemeines Recht auf Remix wird diese Technik weiterhin nur wenigen etablierten Urhebern ermöglicht, denn Kompensationen und Rechteverhandlungen kann nur leisten, wer einen großen Verlag hinter sich hat. Eine adaptierte Fair-Use-Regelung, aber zumindest Remix- und Bildungs-Schranken im Urheberrecht, würde das Schaffen vieler Kreative aus der durch das Urheberrecht verursachten Illegalität befreien.

Und natürlich versagen herkömmliche Strukturen und Geschäftsmodelle, die sich auf den Wandel nicht einstellen. Ein Versagen, das auch unmittelbar mit der bisher strikten Trennung von Urheber und Nutzer zusammen hängt, dem größten Dilemma der Urheberrechts-Diskussion: Meistens hat der Urheber die schwächste Position – die Entscheidungen zu Schutzfristenverlängerungen, DRM-Maßnahmen und Privatkopien schützen einseitig die eingetragten Interessen der wenigen Großkonzerne und behandeln so gut wie nie die für Urheber so wichtige Frage nach Zirkulation, Aufmerksamkeit und Autonomie.

Dass jene Angebote, die Praktikabilität, Kopierbarkeit und weltweite Synchronität bieten, auch honoriert werden, zeigt sich gerade in der Musikindustrie.

38 % Wachstum der digitalen Angebote im ersten Quartal letzten Jahres verheißt Gutes für eine Branche, die die Digitalisierung über eine Dekade verschlafen hatte. Kultur muss zirkulieren und wenn sie begeistert, wird sie honoriert werden. Das tun Menschen gerne, auch wenn die Industrie mit einer abgründigen Kampagnenschlacht das Bild des gierigen, nimmersatten Konsumenten geschaffen hat. Sie hat dieses Bild geschaffen, damit sie weiterhin das millionenschwere Abmahn-

geschäft gegen Filesharer aufrecht erhalten kann.

Dennoch sind die Kritiker des Filesharings in der Musikbranche stiller geworden und sehen das Problem jetzt vor allem bei illegalen Hostern, also Angeboten, die ohne Honorierung der Urheber riesige Repertoires zu billigsten Flatrates verkaufen. Die Clickonomic-Studie belegt, das als einziges Hilfsmittel gegen Hosters ein umfassendes, synchrones, qualitativ hochwertiges, barrierefreies und kopierfreies Angebot wirkt. Wer stattdessen nach Zugangssperren und Datenüberwachung ruft, um seine Verwertungsmodelle zu schützen, verliert aber alles und zuerst die Freiheit. Denn Deep-Packet-Inspection und Aufhebung der Anonymität im Netz als letzte Konsequenz einer lückenlosen Schutzmaßnahme entspricht der Praxis totalitärer Staaten. Ist die Büchse der Pandora erst geöffnet, ist das freie Netz Geschichte.

Doch geht es bei dem digitalen Wandel und der Diskussion um das Urheberrecht bei Leibe nicht nur um Werke der Unterhaltungsbranche. Gerade in einem Land, das so maßgeblich von seinen Wachstumspotentialen in der Bildung abhängt, braucht offene und durchlässige Bildungssysteme mehr denn je.

Lehrer machen sich strafbar, wenn sie zu umfänglich aus Lehrwerken kopieren, verarbeiten und neu gestalten ihren Schülern

digital verfügbar machen. Die digitale Semestermappe, im Ausland längst Normalität, ist in Deutschland verboten.

Ein großartiges Projekt wie die Deutsche Digitale Bibliothek, das Pendant zu Europeana, leidet laut ihrer Bibliothekare am meisten unter eben jenem restriktiven Urheberrecht und den überlangen, längst nicht mehr praktikablen Schutzrechten. Schutzfristen führen in allen Bereichen zu kulturellem Verlust. Eine so dringende Regelung für verwaiste Werke wurde

„Im Netz verschwimmen die Grenzen zwischen Urheber und Nutzer.“

„Eine Fair-Use-Regelung würde das Schaffen vieler Kreativer aus der Illegalität befreien.“

zu einer zusätzlichen Einnahmequelle für Verwertungsgesellschaften, anstatt generelle Freiheit zu ermöglichen.

Freie, offene Lernformate sind international ein kreativer Bildungsmotor, nicht aber in Deutschland. Die Kultusminister

Aspekte dieser Lizenz im Keim erstickt und diskreditiert. Innovative Geschäftsmodelle und Startups der IT-Branche entstehen selten in Deutschland, denn spätestens, wenn sie erfolgreich werden, werden sie wegen Verstößen gegen das



haben noch nicht mal Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, da die Schulbuchlobby und der Börsenverein des Buchhandels das Feld dominieren.

Äquivalent ist das Urheberrechts-Dilemma an den deutschen Unis. In Deutschland beteiligt sich keine einzige Uni am weltweit wachsenden Open-Courseware-Consortium, dessen Angebot mittlerweile den freien Zugang zu digitalisierten Vorlesungen von über hundert Universitäten umfasst. Und auch hier verpasst man mit einer instrumentalisierten Urheberrechtsdiskussion, die eigentlich nur Verlagsinteressen meint, den internationalen Anschluss, sondern auch die Chance Bildung jedem, unabhängig von einer Einschreibung zur Verfügung zu stellen.

Mit der Behauptung, Creative Commons wären Netzkommunismus und Freibiermentalität, werden die wirtschaftlichen

Urheberrecht verklagt. Youtube hätte in Deutschland niemals entstehen können. Das Tragische dabei: Die Erfindung der MP3 stammt aus Deutschland, aber das Geschäft damit machen jetzt internationale Oligopole.

Wir Piraten wollen nicht nur das Urheberrecht umfassend reformieren, sondern auch das Vertragsrecht, das den Schöpfern von Filmen, Büchern, Fotos und Musik mehr Rechte an ihren eigenen Werken einräumt. Und wir wollen Verwertungsgesellschaften wie die GEMA grundsätzlich reformieren, damit nicht nur die großen Fische im Business, die bereits gut über den Verkauf ihrer Werke verdienen, noch mehr bekommen. Solidarität für die Schwachen ist ein Prinzip, das gerade den Kulturindustrien gut zu Gesicht stehen würde. Wir wollen, dass Kultur und Wissen zirkulieren kann. Kultur und

„Wir wollen Verwertungsgesellschaften wie die GEMA grundsätzlich reformieren.“

BRUNO KRAMM

Foto: CC-BY-SA 3.0 Bartjez



Bruno Kramm ist Musiker und Musikproduzent. Er ist Themenbeauftragter der Piratenpartei für den Bereich Urheberrecht und kandidiert auf der Landesliste Bayern (Platz 1) für den Bundestag.

Wissen das niemand mitbekommt, existiert nicht. Dem gegenüber wollen wir Urheber stärken, den Zugang zur Künstlersozialkasse erleichtern, Transparenz, Basisbeteiligung und Solidarität bei den Verwertungsgesellschaften schaffen und bei der Entwicklung neuer, direkter Vertriebsmodelle im Netz unterstützen.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Urheberrecht im Internet unwichtig wird. Wir brauchen eine Kultur der offenen Bildung und ein Menschenbild, das auf ein faires Miteinander statt Restriktion baut. Wir stehen für ein Menschenbild der Solidarität, Freiheit und Entfaltung, für das Recht auf Teilhabe an Bildung, Wissen und Kultur, denn

TEILEN IST DAS NEUE HABEN!



WAS PASSIERT IN 60 SEKUNDEN INTERNET?

In einer Minute werden im Internet so viele Daten und Informationen ausgetauscht, dass eine Kontrolle kaum möglich erscheint. Die Mehrheit der Deutschen glaubt daher nicht an die Durchsetzbarkeit von Kopier- und Tauschverbote im Internet. Nur eine kleine Minderheit hält Verbote für ein geeignetes Werkzeug, kostenloses Kopieren bzw. den kostenlosen Austausch von Filmen oder Musik im Internet zu verhindern.

Quelle: Statista

WIR VERTRAUEN DEM RECHTSSTAAT

WARUM HAT ER SO WENIG VERTRAUEN IN UNS? Von Dr. Angelika Brinkmann

Einige Tage vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Barack Obama wurde ein gigantisches Späh- und Lauschprogramm namens PRISM bekannt. Die Vorgehensweise erinnert an George Orwells bekannte Geschichte „1984“ (Stichwort: Big Brother is watching you). Bereits im Vorfeld wurde der Vorgang von Präsident Obama mit den Worten kommentiert: Man könne nicht 100 % Sicherheit und 100 % Privatsphäre haben. Aber unsere Sichtweise ist eine andere: Je umfangreicher die Bürger überwacht und kontrolliert werden, desto unfreier ist eine Gesellschaft. Im Rechtsstaat ist Sicherheit kein Selbstzweck.

Allein der Name des US-Gerichts, welches die Erlaubnis zum Abhören erteilt, erinnert doch sehr stark an Orwell: „Federal Intelligence Surveillance Court“. An dieser Stelle soll nicht verschwiegen werden, dass die Autorin dieser Zeilen über die Existenz des Programms mindestens so erstaunt war wie Captain Renault über die Tatsache, dass es Glücksspiel in Casablanca gab.

1984 ODER IM WESTEN NICHTS NEUES

SIGINT-Aktivitäten (Signals Intelligence) – zu denen auch dieses Programm gehört – existieren schon ziemlich lange. So gab es in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts Satelliten, die die Erde überwachten, um z.B. Informationen über sowjetische Raketentests zu sammeln. Am Prinzip der Informationssammlung hat sich nicht viel geändert, nur die Technologie ist eine andere, ebenso wie der Gegenstand der Überwachung. Während zu Zeiten der Systemkonfrontation die Staaten – vor allem die U.S.A. und die Sowjetunion – überwiegend die Rüstung des Gegners ausspähten, erstreckt sich die Überwachung heute sowohl auf Normalbürger wie auch Wirtschaftsunternehmen, wie nicht zuletzt die bekannt gewordenen Aktivitäten des britischen Geheimdienst mit dem gigantischen Überwachungsprogramm „Tempora“ nahelegen. Alles mit Hilfe des Internets und dem Argument, dies diene dem Kampf gegen den Terrorismus. Es ist allerdings nicht geklärt, ob massenhaftes Abgreifen von Nutzerdaten tatsächlich mehr Sicherheit bedeutet. Das Attentat auf den Marathon in Boston wurde trotz diverser Hinweise ans FBI nicht verhindert. Es stellen sich auch noch andere Fragen: Gibt es eigentlich genügend Auswerter dieser massenhaft erhobenen Daten? Oder wird dies überwiegend Computerprogrammen überlassen? Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass anlasslose massenweise Datensammelerei nicht der Sicherheit dient, sondern allenfalls dem Nachweis der Daseinsberechtigung von Geheimdiensten.

FREIHEIT STATT ANGST

In der Pressekonferenz nach ihrem Gespräch mit Präsident Obama machte die Kanzlerin u.a. folgende Aussage: „Für uns alle ist das Internet Neuland.“ Ihr Pressesprecher konkretisierte das dann zwar später dahingehend, dass „rechtspolitisches Neuland“ gemeint sei, aber angesichts von Bestandsdatenauskunft, Netzsperrern, Staatstrojanern und Vorratsdatenspeicherung ist es ziemlich heuchlerisch, die Ausspähung der Bürger durch die NSA oder den britischen Geheimdienst zu beklagen.



Es ist aber auch illusorisch anzunehmen, die Bundesregierung könne etwas tun, um die Bürger vor dieser Art des Ausforschens zu schützen. Die Bemerkung Merkels deutet daraufhin, dass sie das digitale Zeitalter nicht wirklich verstanden hat.

Der Vorgang ähnelt dem Wettrüsten: Es werden einfach immer neuere und bessere „Umgehungstechnologien“ entwickelt. Dem lässt sich nur durch klare internationale Rechtsabkommen beikommen, was das unkontrollierte massenweise Sammeln von Daten illegal macht.

In einer freiheitlichen Gesellschaft, deren Werte Obama und Merkel beide in ihren Reden vorm Brandenburger Tor betonten, sollte es mehr als „Verhältnismäßigkeit“ im Bereich der nationalen Sicherheit geben. Zumindest in den U.S.A. ist das Internet kein rechtspolitisches Neuland. Der Kongress ist einbezogen, das Gesetz ist der „Patriot Act“.

„Für uns alle ist das Internet Neuland.“

Angela Merkel

Es entsteht aber der Eindruck, dass die rechtspolitischen Vorschriften bloße Formeln sind und von Parlamentariern nicht grundsätzlich hinterfragt werden. Es genügt offenbar nicht, Gesetze zu erlassen,

wenn gewählte Abgeordnete nicht eine grundsätzlich aufmerksame Haltung gegenüber diesen Sicherheits- bzw. Überwachungsgesetzen einnehmen.

Die Notwendigkeit der Terror-Abwehr ist kein ausreichender Grund für derart einschneidende Überwachungsmethoden. Angesichts des Umfangs und der Reichweite des Datenschneifens ist es nicht nur legitim, nach der Art der gewonnenen Daten zu fragen; ebenso wichtig ist es zu wissen, wer Zugriff auf diese Daten hat und wie lange sie gespeichert werden. Die terroristische Bedrohung wie auch die Entstehung großer Datenströme sind beides Begleitumstände unserer Zeit. Um das Vertrauen der Bürger (wieder) zu erlangen, bedarf es transparenter Mechanismen der Exekutive. In den Worten der Piratenpartei: Gläserner Staat statt gläserner Bürger.

Dr. Angelika Brinkmann ist Vertreterin der Piratenfraktion im Lenkungsausschuss Bezirksliches Stadtteilmanagement von Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf.

DABEI SEIN STATT NUR DAGEGEN!

SETZ EIN ZEICHEN und unterstütze die Piraten!

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher vorwiegend über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei:

Konto 700 602 7900

BLZ 43060967

GLS Gemeinschaftsbank

Als Verwendungszweck bitte angeben:

Spende Kaperbrief

Wichtig: Namen und Anschrift bitte für die Parteienfinanzierung angeben!

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über physische Post.

IMPRESSUM

Kaperbrief – Piratenzeitung
ISSN: 2191-3056

1. Auflage 2013, Ausgabe „Piratenpolitik“

Herausgeber:

Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/27572040
Fax: 030/609897-517

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar
Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Titelfoto mit freundlicher Genehmigung
durch Anne Helm und Andreas Pittrich,
Rücktitel durch Kaschmir Coton de Tuléar;
CC-BY Lisavan.

Copyright:

Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZUR MITGLIEDSCHAFT

Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist ein Mindestalter von 16 Jahren. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 48 Euro pro Jahr, bei Eintritt in einem laufenden Jahr wird er anteilig entrichtet. Bei einem Wohnsitz in Deutschland (die deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht Voraussetzung) bitten wir darum, Mitgliedsanträge und -beiträge direkt an die jeweiligen Landesverbände zu richten. Die Links zu den Mitgliedsformularen der jeweiligen Landesverbände findest du unter:

www.kaperbrief.org/mitglied-werden

WAS BEDEUTET ES MITGLIED ZU SEIN?

Mit der Mitgliedschaft erwirbst du das Recht, auf Parteitag und anderen Gremien über die Zukunft der Partei mitzuentcheiden. Du erhältst ein aktives und passives Wahlrecht für alle Parteiämter von Gliederungen, in denen du Mitglied bist. Mit der Mitgliedschaft bist du automatisch Mitglied des Bundesverbandes sowie aller Gebietsverbände im Gebiet des Wohnsitzes.

DER BEITRAG IST MIR ZU HOCH, KANN ICH TROTZDEM MITGLIED WERDEN?

Wende dich mit einer begründeten Anfrage an den Vorstand deines Landesverbandes, um eine Ermäßigung des Beitrages zu beantragen. Bitte lege gegebenenfalls einen Nachweis der Bedürftigkeit bei. Die Angaben werden vertraulich behandelt und nicht weitergegeben!

ICH BIN MITGLIED EINER ANDEREN PARTEI, KANN ICH TROTZDEM PIRAT SEIN?

Die Piratenpartei erlaubt die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen Partei. Die Mitgliedschaft in einer Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielen der Piratenpartei Deutschland widerspricht, ist dagegen nicht zulässig.



Dieser QR-Code enthält die Webadresse www.kaperbrief.org/b03, von wo aus man auf alle Links verwiesen wird, die in dieser Ausgabe des Kaperbriefs vorkommen.



Open Content: Nina Paley, Übersetzung Redaktion

ICH HAB WAS GEGEN FILZ! UND IHR?



“Transparente Strukturen sind die zentralen
Voraussetzungen für eine echte politische Teilhabe.
Wir PIRATEN setzen uns für mehr Transparenz
und Öffentlichkeit in der Politik ein.”



PIRATEN WÄHLEN